

REZENSIONEN

Korruption, Kleptokratie, Kakistokratie: vier Bücher zur Präsidentschaft *Donald Trumps* und ihren Gefahren für die US-amerikanische Demokratie

Wolff, Michael: Feuer und Zorn. Im Weißen Haus von Donald Trump, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2018, 480 Seiten, € 19,95 (Originalausgabe: Fire and Fury. Inside the Trump White House, Henry Holt & Company, New York 2018).

Johnston, David Cay: Trump im Amt, Ecowin Verlag, Salzburg / München 2018, 460 Seiten, € 25,- (Originalausgabe: It's Even Worse Than You Think: What the Trump Administration Is Doing to America, Simon & Schuster, New York 2018).

Frum, David: Trumpocracy: The Corruption of the American Republic, Harper Collins Publishers, New York 2018, E-Book, 274 Seiten, \$ 12,99 (Hardcover, 301 Seiten, \$ 25,99).

Levitsky, Steven und Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, Deutsche Verlagsanstalt, München 2018, 320 Seiten, € 22,- (Originalausgabe: How Democracies Die, Crown Publishing Group, New York 2018).

Im Januar 2018 kamen vier Bücher in den US-amerikanischen Buchhandel, die sich an einer ersten Einordnung der Präsidentschaft *Donald Trumps* versuchten. Die größten Wellen schlug das Enthüllungsbuch des New Yorker Society-Reporters *Michael Wolff*, das unter dem Titel „Fire and Fury“ das Bild eines Weißen Hauses zeichnet, das im Chaos versinkt – „im Mittelpunkt“, so der Rückseitentext der deutschen Ausgabe, „ein Präsident, den seine Mitarbeiter wie ein kleines Kind behandeln und der umgeben ist von Inkompetenz, Intrigen und Verrat“. Das Buch verkaufte sich in den ersten vier Wochen 1,7 Millionen Mal auf dem US-Buchmarkt (so *Michael Naumann*, Die Zeit vom 22. Februar 2018, S. 47). Vor dem Hintergrund dieser gigantischen Nachfrage in den USA war es verständlich, dass Rowohlt sich entschloss, möglichst schnell mit einer deutschen Ausgabe nachzuziehen. Noch im Februar erschien „Feuer und Zorn“ (der Titel gibt wörtlich *Trumps* Drohungen gegenüber dem nordkoreanischen Diktator *Kim Jong-un* wieder) auf Deutsch, nachdem die Gruppe der sieben Übersetzer ihr Werk im Rekordtempo verrichtet hatte. Immerhin drei Übersetzer setzte auch der Ecowin Verlag an das neue *Trump*-Buch von *David Cay Johnston*, das im amerikanischen Original den Titel trägt: „It's even worse than you think: What the *Trump* administration is doing to America“. Die Bücher von *David Frum* sowie *Steven Levitsky* und *Daniel Ziblatt* haben es mehr als die beiden anderen verdient, von vielen gelesen zu werden. Während letzteres mittlerweile bei der Deutschen Verlags-Anstalt erschienen ist, hat *Frum's* Buch noch keinen deutschen Verlag gefunden

Michael Wolff behandelt die ersten acht Monate der Präsidentschaft *Trumps* bis zum Abgang des Chefstrategen *Stephen K. Bannon* aus dem Weißen Haus. Der Wert des Buches liegt dem Marketing des Verlages zufolge in dem privilegierten Zugang, den der Autor zum Personal des Weißen Hauses hatte. *Wolff* rühmt sich, während des Wahlkampfes und vor allem seit der Amtseinführung des Präsidenten mehr als 200 Interviews mit *Donald Trump* und seinen Mitarbeitern im Weißen Haus geführt zu haben. „Eine Art Stammpflicht auf einem

Sofa im West Wing“ habe er eingenommen, von wo aus er ungehindert „Mäuschen“ habe spielen können (S. 14). Das, was er dort zu hören bekommen hat, ist wenig erbaulich – es sind vor allem Schimpftiraden und unverständliches Gefasel des ersten Mannes im Staate und seines Chefberaters *Bannon*. Auch *Trumps* Mitarbeiter äußern sich nicht gerade freundlich über den Präsidenten und seine Entourage. Vom naheliegenden Gedanken, dass dies auf sie selbst zurückfallen könnte, scheinen sie alle frei zu sein. Das Sittengemälde, das *Wolff* hier in einem ähnlich bombastischen Tonfall schildert, wie er dem Präsidenten zu eigen ist, könnte abstoßender kaum sein. All dies wäre vielleicht interessant für die Leser, wenn sie die ganzen Schmutzgeschichten nicht schon vorher zur Genüge durch die Twitter-Nachrichten des Präsidenten und die Medienberichterstattung serviert bekommen hätten. *Wolffs* Problem ist, dass *Trump* ein offenes Buch ist, wie es offener nicht sein könnte. Für einen Klatschreporter gibt es hier schlichtweg nichts mehr zu enthüllen. *Trump* mag schamlos lügen und übertreiben wie kein Präsident vor ihm; er kann aber zugleich nichts für sich behalten.

Der Band, der in einen Prolog, 22 Kapitel und einen Epilog aufgeteilt ist, geht im Prinzip chronologisch vor, auch wenn das Inhaltsverzeichnis es nicht auf den ersten Blick zu erkennen gibt. Die ersten drei Kapitel behandeln zum Beispiel den Wahltag, die ungewöhnliche Übergangsperiode („Transition“) im Trump Tower und den ersten Tag im Amt. Zur Wahl am 8. November 2016 äußert *Wolff* die nicht ganz neue These, dass *Trump* eigentlich gar nicht gewinnen, sondern nur die geschäftlichen „Vorteile einer beinahe errungenen Präsidentschaft genießen“ wollte (S. 39). So verdattert und entsetzt er zunächst war, so plötzlich soll er sich jedoch in einen Mann verwandelt haben, der sich für hervorragend geeignet hält, das Amt auszufüllen. Dass die politischen Insider aus Washington, die *Trump* nie ernst genommen hatten, ihm nun seine Aufwartung im goldenen Trump Tower machen mussten, wenn sie etwas werden wollten, erfüllte den gewählten Präsidenten mit Genugtuung. Wie wenig *Trump* jedoch auf den Übergang ins Weiße Haus vorbereitet war, vermag *Wolff* genauso eindrucksvoll zu zeigen wie *Trumps* generelle Ungeeignetheit für das Präsidentenamt. Sein Besuch bei der CIA am ersten Amtstag endete in einem Fiasko. Seine Rede dort war so sinnentleert (vgl. S. 88-93), dass sie jedem peinlich war außer dem Präsidenten selbst, der ein Schamgefühl in eigener Sache wohl schon seit Kindertagen nicht mehr kennt.

In weiteren Kapiteln schildert *Wolff* die Rivalitäten zwischen *Bannon* und „Jarvanka“ – ein Kunstname, mit dem der Chefstrategie *Trumps* Tochter *Ivanka* und ihren Ehemann *Jared Kushner* belegte –, den Umgang mit der Russland-Affäre (einschließlich des berüchtigten Dossiers des britischen Geheimdienstlers *Christopher Steele*), das erfolglose Ringen um die Abschaffung von Obamacare oder die Entlassung des in der Russland-Affäre ermittelnden FBI-Direktors *James Comey* im Mai 2017. Das Buch endet mit den Entlassungen von Pressesprecher *Sean Spicer*, Stabschef *Reince Priebus*, Kommunikationsdirektor *Anthony Scaramucci* und Chefberater *Steve Bannon* im Sommer. Die letzten beiden Rauswürfe gehen auf das Konto des neuen Stabschefs *John Kelly*, den *Trump* Anfang August 2017 in der Schaltstelle im Weißen Haus inthronisierte, um endlich Ordnung in die Administration zu bringen. *Kelly* sorgte zwar für geordnete Abläufe und bestand darauf, dass der Zugang zum Oval Office nur noch über ihn lief. Wie *Wolff* im Epilog zeigt, konnte jedoch auch der hochgelobte General den ununterbrochen twitternden Präsidenten nicht disziplinieren. Das Chaos im Weißen Haus dauert bis heute an; es hat mehr mit dem zügellosen Amtsinhaber zu tun als mit seinen überforderten Mitarbeitern. Das Stiften von Chaos ist *Trumps* Herrschaftsmethode, mit der er die Kontrolle nach innen behält, die er aber auch gegen seine Gegner außerhalb des Weißen Hauses einsetzt.

Gehaltvoller als die Klatsch- und Tratschgeschichten *Wolffs* ist das neue Buch des investigativen Reporters *David Cay Johnston*. Pulitzer-Preisträger *Johnston*, der früher unter anderem für die New York Times arbeitete und heute die Webseite „DCReport.org“ betreibt, hat sich mit Recherchen über Steuer- und Wirtschaftsbetrug einen Namen gemacht. Auf diesem Feld kam er an *Trump* nicht vorbei; seit dessen Tagen als Kasinomogul in Atlantic City (New Jersey) Ende der 1980er Jahre hat *Johnston* immer wieder über die Betrügereien des späteren 45. Präsidenten berichtet – zuletzt in seinem Buch „Die Akte *Trump*“ aus dem Jahre 2016. In „*Trump* im Amt“ widmet er sich nun den ersten zehn Monaten der Präsidentschaft; anders als *Wolff* gilt sein Interesse jedoch nicht in erster Linie den Palastintrigen im Weißen Haus, sondern den politischen Inhalten, die *Trump* durchzusetzen versucht.

Johnstons Werk ist grob nach Politikfeldern organisiert. Nur im ersten Kapitel traktiert der Autor Korruption, Kleptokratie und Kakistokratie (griechisch für Regierung der Allerschlechtesten) – sozusagen die Politics der *Trump*-Administration; in den anschließenden sechs Kapiteln folgen die Policies. Kapitel 2 behandelt die Widersprüche der *Trumpschen* Handels- und Deregulierungspolitik, die eben nicht den „vergessenen Arbeitern“ zugutekommt, sondern ihnen weitere Nachteile bringt. Das dritte Kapitel, schlicht „Steuern“ überschrieben, kann noch nicht auf die erst im Dezember 2017 verabschiedeten Steuersenkungen der Republikaner eingehen; es weist aber nach, dass *Trumps* Pläne zu einer Bereicherung des obersten Prozents der Einkommensbezieher und der großen Korporationen führen, während kleine und mittlere Verdienner nur marginal entlastet werden. Hauptleidtragende sind wie in der Umweltpolitik (Kapitel 4) die zukünftigen Generationen. In den restlichen drei Kapiteln handelt *Johnston* „Internationale Angelegenheiten“, „Bildung“ sowie „Recht und Ordnung und einiges mehr“ ab. Überall ist die Bilanz katastrophal: In der Außenpolitik mache *Trump* einen Kotau vor den Autokraten dieser Welt. In der Bildungspolitik treibe Erziehungsministerin *Betsy DeVos*, so ihr denn ihre Inkompetenz nicht in die Quere kommt, den Ausbau der Privat-, Konfessions- und Charter-Schulen voran. Und in der Politik der inneren Sicherheit unterminiere *Trump* durch unverantwortliches Handeln den Rechtsstaat. Hier nimmt *Johnston* die Begnadigung von Maricopa-County-Sheriff *Joe Arpaio* aus Arizona aufs Korn, der sich mit seinen Präventivverhaftungen von vermeintlich illegalen Einwanderern der einstweiligen Verfügung eines Bundesgerichts widersetzt hatte. Auch *Trumps* mangelnde Distanzierung von den Neonazis in Charlottesville (Virginia) und seine in verschiedenen Zusammenhängen geäußerten Aufrufe zur Gewalt (gegen *Hillary Clinton*, Pressevertreter, unliebsame Demonstranten, Terroristen, Amokläufer) fehlen nicht.

Johnstons akribische Rechenschaftslegung über ein Jahr „*Trump* im Amt“ ist ohne Zweifel vom Anspruch her verdienstvoll; sie kämpft jedoch mit demselben Problem wie *Wolffs* Enthüllungsbuch. Das Skandalöse der *Trumpschen* Politik liegt so offen zutage, dass es sich kaum noch skandalisieren lässt. *Johnston* (wie auch schon *Wolff*) versucht, der Abstumpfung und dem Unglauben, die sich aus der unaufhörlichen Aneinanderreihung von Lug und Betrug ergeben, dadurch entgegenzuwirken, dass er die Protagonisten, allen voran *Trump* selbst, möglichst oft in Originalzitatzen zu Wort kommen lässt. Da diese Äußerungen jedoch, wie *Johnston* selbst sagt, zumeist „absolut sinnfrei“ (S. 21) sind, bleibt am Ende auch im Kopf des Lesers nur Verwirrung zurück. *Johnston* ist zwar in seinem Schlusskapitel auf dem richtigen Weg, wenn er meint, dass der amtierende Präsident „nicht die politische Krankheit, die Amerika befallen hat“, ist, sondern nur „ihr Symptom“ (S. 412). Er bleibt aber zu sehr auf die Entlarvung *Trumps* fixiert, um diese politische Krankheit wirklich hell-sichtig analysieren zu können.

Die beiden weiteren Bände, die hier besprochen werden sollen, sind in der Analyse deutlich klarer. *David Frum*, bekannt geworden als Redenschreiber von *George W. Bush* („Axis of Evil“) und derzeit leitender Redakteur bei „The Atlantic“, eröffnet sein Buch mit der Feststellung, dass es eine Studie über die Herrschaftsweise des Präsidenten sei, nicht über seine Persönlichkeit („a study of rulership, not ... of personality“, S. 6, die Paginierung bezieht sich auf das E-Book). Er wolle sich mit der Macht *Trumps* beschäftigen: „wie er sie gewonnen hat, wie er sie gebraucht hat, warum sie noch nicht wirksam kontrolliert worden ist“ (S. 6). *Frum* untersucht die politischen Institutionen und Akteure, mit deren Hilfe *Trump* regieren muss: der Kongress, die Einzelstaaten, die Medien, die Netzwerke politischer Unterstützer und Geldgeber, die Mitarbeiterstäbe in der Administration. Sein Buch ist „die Geschichte derjenigen, die *Donald Trump* ermöglichen, Macht geben, unterstützen und mit ihm zusammenarbeiten“ (S. 6).

*Frum*s Band ist wohlthuend klar strukturiert. Es beginnt mit den „vorherrschenden Bedingungen“ (Kapitel 1), die der Präsidentschaft *Trumps* den Boden bereiteten. Dazu zählt der Autor vor allem den Akzeptanzverlust politischer Spielregeln, der seit Anfang der 1990er Jahre in den USA um sich gegriffen und zu einer neuen Militanz der politischen Auseinandersetzung geführt habe. Es geht weiter mit den „Ermöglicern“ und „Beschwichtigern“ (Kapitel 2 und 3) *Trumps*, allen voran dem konservativen Medienkomplex um Fox News, den Republikanischen Präsidentschaftskandidaten, die *Trump* beschwichtigten, anstatt sich ihm entgegenzustellen, und dem Republikanischen Parteiapparat, 2016 geführt von *Reince Priebus*, der sich *Trump* unterwarf. Doch auch die große Mehrheit der Geldgeber, der Abgeordneten und Senatoren der Partei, ihrer Intellektuellen sowie Millionen treuer Parteianhänger unterstützen, entschuldigen oder akzeptieren das unentschuldbare Verhalten ihres neuen Parteiführers. Selbst eine von manchen für progressiv gehaltene Organisation wie WikiLeaks kam *Trump* im entscheidenden Moment des Wahlkampfes, als er nach der Verbreitung des „Access-Hollywood“-Videos schon geschlagen schien, mit der Veröffentlichung der E-Mails von *Hillary Clintons* Wahlkampfmanager *John Podesta* zur Hilfe. In einer dieser E-Mails wurde der Satz von *Clinton* zitiert, dass man als Politiker der Öffentlichkeit nicht die ganze Wahrheit sagen dürfe. Vor einer Versammlung von Bankern geäußert, sollte ihr diese in der Folge den politischen Garaus machen.

Der Rest des Buches ist mehr oder weniger den Techniken gewidmet, mit denen *Trump* versucht, sein Herrschaftssystem aufrecht zu erhalten. Auch das geht selbstverständlich nicht ohne Ermöglicher und Beschwichtiger. Das vierte Kapitel erörtert den Nepotismus und beschreibt die Beutefeldzüge der Familien *Trump* und *Kushner* sowie einiger anderer Mitglieder der Administration. Am ersten Tag seiner Präsidentschaft erhielt *Trump* eine fragwürdige Rechtsinterpretation des Justizministeriums, die es ihm erlaubte, seine Tochter und seinen Schwiegersohn mit Posten im Weißen Haus zu betrauen. *Trump* führt ferner einen unablässigen Kampf gegen die Unabhängigkeit der Justiz, gegen seinen eigenen Justizminister genauso wie gegen die Ermittlungsbehörden oder das Büro für Regierungsethik. Für *Frum* ist es daher auch wenig verwunderlich, dass die *Trump*-Administration vor allem zwielichtige, unfähige und schwache Mitarbeiter anzieht (vgl. Kapitel 6).

„Schlechte Leute“ mit unlauteren Motiven wie der erste Nationale Sicherheitsberater *Michael Flynn*, Chefstrategie *Steve Bannon*, Seniorberater *Jared Kushner* oder Kommunikationsdirektor *Anthony Scaramucci* wurden ermöglicht durch „schwache Leute“ (S. 72) mit wenig Erfahrung wie der erste Stabschef *Reince Priebus* oder Rechtsberater *Don McGahn*. Fast schon bemitleidenswert war eine Figur wie Pressesprecher *Sean Spicer*, dessen Parodie durch

Melissa McCarthy in der Comedy-Show *Saturday Night Live* in gewissen Kreisen Kultstatus genoss. Seiner Nachfolgerin *Sarah Huckabee Sanders* ergeht es kaum besser. Jeder Mitarbeiter *Trumps*, und ist er zeitweilig noch so mächtig, muss seinem Chef unbedingte persönliche Loyalität erweisen und dennoch jederzeit damit rechnen, von ihm bloßgestellt und fallengelassen zu werden. Symptomatisch in dieser Hinsicht war der öffentliche Part der ersten Kabinettsitzung *Trumps*, in der sich die Kabinettsmitglieder der Reihe nach in Huldigungen ihres Chefs ergehen mussten. Mitarbeiter *Trumps* leben nicht nur in ständiger Gefahr der öffentlichen Demütigung, sie leben auch gefährlich – vergleichbar den Mitgliedern einer Mafiafamilie. Um dazuzugehören, müssen sie sich beinahe zwangsläufig korrumpieren. Werden sie jedoch überführt oder müssen unter Eid aussagen, droht ihnen eine Haftstrafe.

Kapitel 6 behandelt die zentrale Herrschaftstechnik *Trumps*, die Medien als „Feinde des Volkes“ zu bekämpfen. Man mag darüber den Kopf schütteln, dass ausgerechnet derjenige US-Präsident, der von allen am hemmungslosesten lügt, die Nachrichten, die ihm diese Lügen nachweisen, als „Fake News“ tituliert. Dahinter steckt jedoch Methode, wie sie schon die totalitären Herrscher des vergangenen Jahrhunderts und auch Autokraten wie *Wladimir Putin* bis zur Perfektion kultiviert haben. *Frum* sieht bemerkenswert klar, welche katastrophalen Folgen die unermüdliche Propagierung „alternativer Fakten“ hat, weil sie zu einer Realitätsverdrehung *Orwell*schen Ausmaßes führt. Ohne Einigung auf Tatsachenwahrheiten kann es keine wirksame Kontrolle der Herrschenden geben, ja nicht einmal eine freie, sich selbst regierende Gesellschaft. „Was *Donald Trump* will, ist mehr Voreingenommenheit, nicht weniger; mehr fingierte Nachrichten, nicht weniger. Was er von den Medien verlangt ist nicht Objektivität, sondern Komplizenschaft.“ (S. 109) Im rechten Medienestablishment hat er diese Mittäterschaft schon erreicht; und auch die Konsumenten von *Fox News* oder konservativer Radio-Talkshows leben bereits in einer Welt „alternativer Fakten“, das heißt, sie glauben eher dem Präsidenten als den unabhängigen Medien.

Eine mit der Diskreditierung der freien Presse eng verwandte Herrschaftstechnik steht im Mittelpunkt des siebten Kapitels: die Untergrabung demokratischer Prozesse durch den Vorwurf, ein „manipuliertes System“ zu sein. Auch diese Technik kommt nicht ohne hemmungslose Lügen des Präsidenten aus, allen voran derjenigen, dass er bei der Präsidentschaftswahl, würde man den Wahlbetrug in Rechnung stellen, mehr Stimmen als *Hillary Clinton* erzielt habe. Die Wahrheit ist eine andere, wie unzählige Studien ergeben haben: Wahlbetrug gibt es in den USA nur in wenigen Einzelfällen. Die Kampagne *Trumps*, die an Wahlkämpfe der Republikaner in den Einzelstaaten anknüpfte, diente vor allem dem Ziel, den Wahlprozess zu delegitimieren und die Stimmen von Minderheitsgruppen (Schwarze, Hispanics) zu unterdrücken. In Einzelstaaten mit einem hohen Anteil an Minoritäten – oftmals Südstaaten, nicht selten auch „Battleground States“ – kann dies den Ausschlag über Sieg oder Niederlage geben. Von den sechs Staaten, die *Trump 2016* für die Republikaner hinzugewann, hatten vier (Florida, Michigan, Ohio, Wisconsin) zuvor neue Wählerausweisesetze in Kraft gesetzt, die das Wählen für Minderheiten erschwerten. Wenn bei den Wahlen 2016 eine Seite begünstigt wurde, dann waren es die Republikaner, nicht die Demokraten. Die vom Präsidenten eingesetzte Beratungskommission, die den Wahlbetrug untersuchen sollte, ist Anfang 2018 ohne Ergebnisse eingestellt worden. *Trump* begründete ihr Scheitern in unverdrossener Verdrehung der Wahrheit mit der Obstruktion der Einzelstaaten und plädierte für eine weitere Verschärfung der Ausweispflichten.

Die Kapitel 8 bis 12 mit den kurzen Titeln „Amerika Alleine“, „Autoimmunerkrankung“, „Ressentiments“, „Gläubige“ und „Hoffnung“ runden das Buch ab. Von besonde-

rem Interesse sind Kapitel 9 und 10. Im Kapitel „Autoimmunerkrankung“ geht es um die undichten Stellen in der Administration, angefangen beim Präsidenten, die zwar gelegentlich ihr Gutes haben (wenn sie zum Beispiel *Trump* davon abhalten, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland aufzuheben), oft aber die Regierung schädigen. Viele „Durchstechereien“ an die Medien waren auf Schlampereien des Präsidenten und seiner Mitarbeiter zurückzuführen. *Frum* ist der Überzeugung, dass die Reform von Obamacare bei einem besseren Management durch die Administration hätte gelingen können; und er ist sich sicher, dass das Steuersenkungspaket vernünftiger hätte gestaltet werden können, wenn Schatzminister *Steven Mnuchin* über etwas mehr politische Sensibilität verfügen würde. Ein Problem der *Trump*-Administration sieht *Frum* auch in dem Gewicht, das dem Militär in Gestalt von Verteidigungsminister *James Mattis*, Stabschef *John Kelly* und dem Nationalen Sicherheitsberater *Herbert Raymond McMaster* zukommt. In einer guten Regierung sollte eigentlich nicht das Militär die zivilen Kräfte kontrollieren, sondern umgekehrt. Kapitel 10 widmet sich der auch andernorts viel diskutierten Politik des Ressentiments, die *Trump* mit seinem Feldzug gegen die „Political Correctness“ und einem mal mehr, mal weniger sublimen Rassismus erfolgreich in Szene gesetzt hat.

Trotz seiner über weite Strecken düsteren Diagnosen, endet *Frum* mit einer optimistischen Note über die Selbstheilungskräfte der US-Demokratie: Aus Schlechtem könne auch Gutes wachsen – oder: In jeder Krise stecke auch eine Chance. Im Schlusskapitel wird der Autor möglicherweise mehr von der „Hoffnung“ geleitet als von seiner Urteilskraft. Doch ist ihm anzurechnen, dass er nicht so naiv ist, in einem Wahlsieg der Demokraten oder der Abwahl *Trumps* schon das Ende der „Trumpocracy“ zu sehen. Die Korruption des Rechtsstaates und der demokratischen Institutionen ging *Trump* voraus, sie wird ihn überleben. Die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln der Demokratie müssen von allen verinnerlicht und gelebt werden – erst dann besteht wirklich Hoffnung auf eine Kräftigung der Demokratie.

Dies ist auch das zentrale Argument des letzten hier vorzustellenden Buches der beiden Harvard-Professoren *Steven Levitsky* und *Daniel Ziblatt*. Beide sind bisher vor allem als Komparatisten in Erscheinung getreten, die ihr Forschungsinteresse auf Prozesse der Demokratisierung, der Staatsbildung und des Demokratieverfalls in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika gerichtet haben. Große Beachtung hat das erstmals 2010 veröffentlichte Werk *Levitskys* (mit *Lucan A. Way*) über „Competitive Authoritarianism“ gefunden. Es bereicherte die Transformationsforschung nicht nur um einen neuen Terminus für die zunehmend häufiger auftretenden hybriden Regime, die irgendwo zwischen Demokratie und Diktatur anzusiedeln waren, sondern verknüpfte mit dem Begriff des kompetitiven Autoritarismus auch die Einsicht, dass es keinen historisch linearen Fortschritt von der Diktatur zur Demokratie – kein „Ende der Geschichte“ – gibt; auch Rückschritte sind möglich. „Defekte Demokratien“ oder „semi-autoritäre Regime“, wie sie andernorts genannt wurden, können zudem recht stabil und dauerhaft sein, weil sie trotz ihrer rechtsstaatlichen Mängel einen – oft robusten – Parteienwettbewerb und freie Wahlen zulassen.

„How Democracies Die“ ist das beste der vier Bücher; es profitiert ungemein von der komparatistischen Weite des Horizonts seiner Verfasser. Sein zentraler, empirisch unterfütterter Argumentationsgang lautet, dass Demokratien heutzutage nicht mehr durch einen Staatsstreich beendet werden, sondern ihr Zusammenbruch weniger dramatisch und sozusagen schleichend erfolgt. Nicht Generäle, sondern gewählte Führer untergraben und zerrütten den demokratischen Prozess. Oftmals kommen sie als populistische Außenseiter, die gegen ein aus ihrer Sicht korruptes Establishment zu Felde ziehen und die Demokratie

„authentischer“ machen wollen, an die Macht. Als die angeblich „wahren“ Vertreter des Volkes haben sie es besonders auf diejenigen politischen Institutionen abgesehen, die mit der Kontrolle der Regierung und dem Schutz von Minderheiten betraut sind: die Medien, die Justiz, die politische Opposition im Parlament und außerhalb des Parlaments. Die Crux sei, so *Levitsky* und *Ziblatt*, das das System der Checks and Balances, auf das die USA so stolz sind (und bisher zu Recht sein können), die Gelüste eines Möchtegern-Diktators nicht von allein eindämmen kann. Die Gewaltkontrolle funktioniere nur, wenn grundlegende demokratische Normen wie „gegenseitige Toleranz“ und „institutionelle Nachsicht“ allseits akzeptiert seien. Diese „Leitplanken“ der Demokratie seien jedoch – und dieses Urteil deckt sich mit den Analysen *Frumms*, *Johnstons* und *Wolffs* – in der Vergangenheit zunehmend erodiert. Der politische Gegner werde immer weniger als legitimer Rivale angesehen; auch nehme der Sieger immer weniger Rücksicht auf den Verlierer. Die Schwächung demokratischer Normen in den USA habe ihre Ursache vor allem in der extremen Polarisierung der Parteien, die nicht mehr nur eine Auseinandersetzung über politische Inhalte sei, sondern immer mehr zu einem Identitätskonflikt ausarte.

Das Buch ist hervorragend strukturiert. Im ersten Kapitel zeigen die beiden Verfasser, dass Diktatoren in der Vergangenheit immer dann an die Macht kamen, wenn politische Eliten, allen voran die Parteien, „schicksalhafte Allianzen“ mit ihnen gebildet haben. Aufbauend auf *Juan Linz* haben sie einen Kriterienkatalog entwickelt, mit dem sich autoritäre Führer erkennen lassen. In Kapitel 2 wird gezeigt, dass die US-Parteien in der Vergangenheit ihre „Gatekeeper“-Funktion gegenüber autoritären Führern wie *Huey Long* oder *Charles Wallace* immer erfolgreich wahrgenommen haben – nicht zuletzt weil sie die Kontrolle über die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten behielten. Kapitel 3 – „Die Große Republikanische Abdankung“ – argumentiert, dass die Republikaner 2016 in ihrer Torwächterfunktion versagten, obwohl offenkundig war, dass es sich bei *Trump* um einen Politiker handelte, der alle vier Kriterien des Tests für autoritäre Führer erfüllte. Kapitel 4 zeigt am historischen Beispiel anderer Länder (unter anderem an *Alberto Fujimori* in Peru, *Hugo Chávez* in Venezuela, *Victor Orbán* in Ungarn) und der US-Südstaaten, was Autokraten tun müssen, um demokratische Verfahren zu untergraben. Sie sind dabei erfolgreich, wie Kapitel 5 demonstriert, wenn bereits zuvor eine Erosion demokratischer Normen eingesetzt hat. Sie scheitern jedoch, wenn diese Normen, wie in Kapitel 6 am Beispiel von *Franklin D. Roosevelt*, *Joe McCarthy* und *Richard Nixon* argumentiert wird, in der Gesellschaft so tief verankert sind, dass sie das System der Checks and Balances unterfüttern. Schon unter *Ronald Reagan*, besonders aber während der Präsidentschaften von *Bill Clinton*, *George W. Bush* und *Barack Obama* kam es jedoch immer häufiger zu Verletzungen ungeschriebener demokratischer Regeln (Kapitel 7), die für einen Autokraten wie *Trump* den Boden bereiteten. Wie sich in Kapitel 8 nachlesen lässt, folgte *Trump* zwar dem Strategiebuch autokratischer Unterwanderung der Demokratie, war mit seinen Versuchen jedoch bisher nicht erfolgreich.

Levitsky und *Ziblatt* sind Amerikaner – und als solche sind sie lösungsorientiert. Auch bei ihnen ist deshalb das Schlusskapitel der Problemlösung gewidmet. Ihre Antwort darauf, wie die Demokratie zu retten sei („Saving Democracy“), wird viele enttäuschen und würde von *Donald Trump* wohl als „unamerikanisch“ bezeichnet werden. Am wahrscheinlichsten sei, dass die politische Polarisierung anhalte und es zu weiteren Verstößen gegen ungeschriebene demokratische Konventionen komme. Für die Zukunft müsse man sich vielleicht nicht auf kompetitiven Autoritarismus, aber doch auf „Demokratie ohne Leitplanken“ einstellen. Zu besichtigen sei dies bereits jetzt in einem Staat wie North Carolina.

Patrick Horst

US-amerikanische Politik unter *Obama* und *Trump*: aktuelle Trends und längerfristige Entwicklungen

Allen, Jonathan und Amie Parnes: Shattered. Inside Hillary Clinton's Doomed Campaign, Crown Publishing, New York 2017, 480 Seiten, € 17,99.

Pfeiffer, Dan: Yes, We (Still) Can. Politics in the Age of Obama, Twitter, and Trump, Biteback Publishing, London 2018, 304 Seiten, € 24,04.

Sabato, Larry J., Kyle Kondik und Geoffrey Skelley (Hrsg.): Trumped. The 2016 Election That Broke All the Rules, Rowman & Littlefield, Lanham u.a. 2017, 250 Seiten, € 22,-.

Seit der Amtseinführung *Donald J. Trumps* sind gut achtzehn Monate vergangen. In dieser Zeit haben sich Publizistik und Politikwissenschaft gleichermaßen intensiv mit den Wahlen vom 8. November 2016 sowie ausführlich mit der bisherigen Präsidentschaft *Trumps* als 45. US-Präsident beschäftigt. Aus der Fülle der Literatur seien drei Werke herausgegriffen und vorgestellt, die sich aus ganz unterschiedlicher Perspektive amerikanischer Politik unter *Barack Obama* und *Donald J. Trump* nähern.

Eine umfangreiche politikwissenschaftliche Bilanz haben die Wissenschaftler *Larry Sabato*, *Kyle Kondik* und *Geoffrey Skelley* mit ihrem Buch „Trumped“ sehr zeitnah zu den Wahlen von 2016 vorgelegt. Mit umfangreichen empirischen Befunden werten sie die Präsidentschaftswahl vom November 2016 aus, etwa im einführenden Kapitel von *Sabato* selbst als auch im Kapitel von *David Byler* über die demographischen Koalitionen der Wahlen. *Sabato* bilanziert eingangs mit Blick auf den Wahlausgang und die Rolle der Meinungsumfragen in diesem Kontext, dass das Wahlergebnis von 2016 „even worse“ als 1948 war, als die Zeitungen auf ihren Titelseiten bereits den Republikaner *Thomas E. Dewey* als Gewinner sahen, bevor er seinem Konkurrenten *Harry S. Truman* doch noch unterlag (vgl. S. 1). Die Leitfrage, die das Buch durchzieht, lautet: „What happened“? Wie konnte es passieren, dass mit *Donald Trump* ein politischer Novize, der zuvor sein Leben lang kein gewähltes Amt ausgeübt hatte, in einer Zeit der sinkenden Arbeitslosigkeit und der Erholung der Wirtschaft nach der Schulden- und Finanzkrise vergangener Jahre gegen eine Kandidatin *Hillary Clinton* gewinnen konnte, die seit mehreren Jahrzehnten ein Fixpunkt amerikanischer (Demokratischer) Politik war? *Sabato* verortet die Wahl 2016 zuerst innerhalb des politischen Klimas der vergangenen Jahre und präsentiert anschließend umfangreiche Befunde zum Wahlausgang in einem „Disunited America“, das sich in ein „Red America“ und ein „Blue America“ teilen lässt (vgl. S. 12).

Ein besonderes Augenmerk legen die Autoren auf die Vorwahlen. So schaut *Robert Costa* in seinem Beitrag auf den Vorwahlprozess auf Republikanischer Seite und konstatiert, dass es bislang dem Partei-Establishment der Republikaner stets gelungen ist, allzu extreme Bewerber zu verhindern und am Ende einen Kandidaten des mehr oder weniger einschlägigen Establishments aufzustellen. Im Jahr 2016 war dies anders, und *Costa* trägt dafür die Gründe zusammen. *Greg Sargent* schaut auf die Demokratische Seite und beleuchtet unter der Überschrift „Feel the Bern“ den (am Ende erfolgreichen) Vorwahlkampf *Hillary Clintons* gegen ihren Herausforderer *Bernie Sanders*.

Im weiteren Verlauf des Bandes werden einzelne Thematiken problemorientiert herausgegriffen: so beleuchten *Matt Barreto*, *Thomas Schaller* und *Gary Segura* die Rolle der Lati-

nos in den Wahlen von 2016. Damit wird eine Bevölkerungsgruppe in den Fokus gerückt, die am schnellsten wächst und von beiden politischen Parteien heftig umworben wird. *Ronald B. Rapoport* und *Walter J. Stone* vertiefen einige Befunde aus den vorangegangenen Kapiteln, indem sie sich auf die konkreten Quellen der Unterstützung *Donald Trumps* konzentrieren. *Ariel Edwards-Levy*, *Natalie Jackson* und *Janie Velencia* untersuchen in ihrem Beitrag den Einfluss der Meinungsforschungsinstitute und deren Umfragen.

Neben der Präsidentschaftswahl finden in diesem Band auch die Kongresswahl, aufgesplittet nach US-Senat (*Geoffrey Skelley*) und Repräsentantenhaus (*Kyle Kondik*), sowie auch die einzelnen Gouverneurswahlen in den Bundesstaaten Berücksichtigung. *Kondik* wirft vor allem die spannende Frage auf, welche Rolle der Wechsel im Weißen Haus für die Republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus spielt. Abgerundet wird der Band von einem Blick *Diana Owens* auf die Rolle der Medien in den Wahlen von 2016 („Twitter Rants, Press Bashing, and Fake News“)¹; aktuelle Entwicklungen in der Finanzierung von US-Präsidentschaftswahlkampagnen behandeln *Michael E. Toner* und *Karen E. Trainer*; *Alan I. Abramowitz* untersucht die spezifischen Wahlmotive unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und *Sean Trende* skizziert längerfristige Wahlrends („The ‚Emerging Democratic Majority‘ Fails to Emerge“). Letzterer nimmt in seinem Beitrag Bezug auf diverse Publikationen, insbesondere der Autoren *John B. Judis* und *Ruy Teixeira*, die seit Jahren eine kommende, stabile Demokratische Mehrheit im Kongress prognostizieren.²

Wer auch immer sich im Detail mit Verlauf und Ergebnis der Wahlen von 2016 beschäftigen möchte, findet in diesem Band eine Fülle von Daten, Zahlen und Fakten, die allerdings in der Zwischenzeit von einer Reihe weiterer Publikationen ergänzt worden sind. An manchen Stellen bietet das Buch zu viel an Tabellen und Schaubildern. Gelegentlich hätte man sich als Leser mehr Einordnung und Erklärung gewünscht, aber – wie erwähnt – ist dieses Buch recht bald nach den Wahlen erschienen.

Darüber hinaus wäre eine – in der Politikwissenschaft viel zu selten unternommene – Analyse der Wahlen in den einzelnen Bundesstaaten hilfreich gewesen. Nicht nur, dass hier seit vielen Jahren in ausgewählten Politikfeldern wie etwa der Klima- oder Energiepolitik Ansätze verfolgt werden, die sich von der Bundespolitik in Washington mitunter stark unterscheiden; auch für die Zusammensetzung des US-Kongresses auf Capitol Hill spielen die Legislativorgane der Bundesstaaten eine wichtige Rolle. Nach der nächsten Volkszählung im Jahr 2020 werden die Grenzen der Kongresswahlbezirke auf zehn Jahre neu zugeschnitten. Spätestens hier zeigt sich, dass selbst regionale Wahlen bundespolitische Konsequenzen haben (können). Aufschlussreich wären ebenfalls Überlegungen gewesen, welche Bedeutung das Wahlergebnis für die Beziehung zur dritten, nämlich judikativen Gewalt hat. Inzwischen hat sich diese Frage als höchst aktuell herausgestellt, da *Trump* in seiner bisherigen Amtszeit gleich zwei Richter für den Supreme Court sowie zahlreiche Richter an andere Bundesgerichte berufen konnte.

Einen tiefen Einblick in die Organisation, Struktur und täglich ablaufenden Prozesse innerhalb einer Präsidentschaftswahlkampagne erlaubt das Buch „Shattered“ von *Jonathan Allen* und *Amie Parnes*. Es basiert auf einer Art des Journalismus, wie er in Deutschland in letzter Zeit höchstens von *Markus Feldenkirchen* (Der Spiegel) praktiziert worden ist, der

1 Ausführlicher dazu *Christine B. Williams* / *Bruce I. Newman*, *Social Media, Political Marketing and the 2016 U.S. Election*, New York 2018.

2 Vgl. *John B. Judis* / *Ruy Teixeira*, *The Emerging Democratic Majority*, New York 2004.

den SPD- Kanzlerkandidaten *Martin Schulz* über mehrere Monate hinweg bei allen Terminen, Besprechungen und Beratungen begleiten durfte – unter der Zusage, erst nach der Wahl darüber zu schreiben. In den Vereinigten Staaten hat dieses Format eine lange Tradition, die sich bis zum Buch „*Making the President*“ von *Theodore White* im Jahre 1960 zurückverfolgen lässt.³ *Allen* und *Parnes* haben die Kampagne von *Hillary Clinton* ab Ende 2014 über die gesamte Dauer der Vor- wie der Hauptwahl hinweg begleitet und Dutzende vertraulicher Interviews mit Akteuren innerhalb wie außerhalb der Kampagne geführt. Die beiden Autoren betonen eingangs, dass *Clinton* „the candidate to beat for the presidency“ (S. IX) war, auch wenn es in historischer Perspektive in den vergangenen Jahrzehnten nur einmal, nämlich *Ronald Reagan* und *George H. W. Bush* für die Republikaner gelang, drei Amtszeiten einer Partei hintereinander zu gewinnen: Mit ihrer politischen Erfahrung, mit ihrem Netzwerk von Unterstützern und Spendern, mit ihrem medialen wie öffentlichen Bekanntheitsgrad sowie der Bereitschaft, wie die Autoren hervorheben, aus ihren Fehlern in der Präsidentschaftswahl 2008 zu lernen, war sie eigentlich unschlagbar; nahezu sechs Jahre lang hatte sie diesen Wahlkampf vorbereitet. Doch im Folgenden legen *Allen* und *Parnes* implizit dar, dass die Fehler von 2008 auch in der Kampagne im Jahr 2016 gemacht wurden: die Unterschätzung des Gegenkandidaten, des einer breiteren Öffentlichkeit nahezu unbekanntem Senator *Barack Obama*, der teilweise fehlgeleitete Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen aufgrund falscher Einschätzungen und darauf basierender Entscheidungen, Kontroversen unterschiedlicher Lager innerhalb der Kampagne (so hatten sich unterschiedliche Grüppchen aus ihrer Zeit als First Lady, als Senatorin, als Außenministerin und als Präsidentschaftskandidatin gebildet, deren Konflikte miteinander die Entscheidungsprozesse innerhalb der Kampagne nahezu lahm legten) sowie – vermutlich am überraschendsten – die Unfähigkeit der Kandidatin, auf den Punkt genau zu formulieren, warum sie eigentlich zur Präsidentin gewählt werden wollte (und damit ist die so genannte „E-Mail-Affäre“ im Zusammenhang mit Ermittlungen des FBI noch gar nicht angesprochen⁴). So schildern *Allen* und *Parnes* gleich in mehreren Episoden, wie *Clinton* ihren Stab auffordert, mündlich wie schriftlich zu formulieren, warum sie eigentlich als Kandidatin antritt.

Am Ende konnte sie 2016 zwar 65,9 Millionen Stimmen für sich gewinnen – und damit mehr als alle bisherigen Republikanischen Kandidaten in der amerikanischen Geschichte. Sie erzielte geringfügig weniger Stimmen (nämlich genau 64.822) als *Barack Obama* im Jahr 2012 und drei Millionen mehr als ihr Gegenkandidat *Donald Trump*. Trotzdem scheiterte sie an ihm, da sie im entscheidenden Wahlmännergremium nur auf 227, *Donald Trump* jedoch auf 304 Stimmen kam.

Allen und *Parnes* dokumentieren geradezu minutiös den Verlauf dieser Kampagne, erlauben einen hochinteressanten Blick auf den typischen Alltag eines amerikanischen Wahlkampfes und greifen nahezu alle wichtigen Aspekte einer modernen Wahlkampagne auf: das Sammeln von Spenden sowie der Einsatz dieser Gelder, interne Entscheidungsfindungsprozesse, der Umgang der Kandidatin mit den Medien (auch und gerade mit den Herausforderungen neuer sozialer Medien), die Identifikation spezieller Wählergruppen sowie die zielgenaue Ansprache und Mobilisierung dieser Gruppen und vieles mehr. Man hätte sich

3 Vgl. *Theodore White*, *The Making of the President*, New York 1961.

4 Vgl. aber *James Comey*, *A Higher Loyalty. Truth, Lies, and Leadership*, New York 2018.

gewünscht, dass dies aus Vergleichsgründen auch für den Republikanischen Kandidaten möglich gewesen wäre, aber *Donald Trump* wusste eine solche journalistische Nähe erfolgreich zu verhindern. Trotzdem verfügen wir bis heute lediglich in Einzelfällen über Bücher von mitreisenden Journalisten und Journalistinnen, die darin ihre Erfahrungen mit dem Wahlkampf des Republikanischen Präsidentschaftskandidaten 2016 skizzieren.⁵

Einen gänzlich anderen Zugang zur Thematik wählt *Dan Pfeiffer*, langjähriger hochrangiger Berater *Barack Obamas* sowie später stellvertretender Kommunikationsdirektor beziehungsweise Kommunikationsdirektor in der Administration des 44. Präsidenten. Nach einigen einführenden Kapiteln über seinen Weg in die Politik im Allgemeinen sowie in die *Obama*-Kampagne im Besonderen bietet *Pfeiffer* in seinem Buch gleich zweierlei: Zum einen beschreibt er wichtige Prozesse und Entscheidungen der Kampagnen 2008 und 2012 sowie der *Obama*-Administration (politikwissenschaftlich gesprochen: Entscheidungspolitik) sowie deren Darstellung in der Öffentlichkeit (Darstellungspolitik) beziehungsweise auch ihre Defizite.⁶ Dabei scheut *Pfeiffer* auch nicht davor zurück, Defizite und Fehlleistungen in der Kommunikationspolitik zu thematisieren und zu kritisieren. *Obama* selbst hatte bereits im Oktober 2010, also gerade einmal nach achtzehn Monaten im Amt, in einem Interview mit dem Magazin der *New York Times* selbstkritisch zugegeben, dass er und seine Mitarbeiter in der bisherigen Amtsführung zu stark auf die Inhalte selbst konzentriert gewesen seien und darüber die Erklärung und Werbung für diese Entscheidungen vernachlässigt hätten – genau dieser Aspekt fiel in den Arbeitsbereich von *Pfeiffer*.⁷

Ausführlich widmet er sich der Kampagne von 2008, die *Obama* selbst als „greatest start-up in history“ (S. 31) beschrieben hat. Das Buch bietet aber noch einen deutlich größeren Mehrwert. *Pfeiffer* nimmt die Wahl *Trumps* im November 2016 zum Anlass, längerfristige Entwicklungen in der amerikanischen Politik, insbesondere im Verhältnis zwischen politischen Akteuren und den Medien, zu beschreiben. Damit thematisiert er Aspekte, die auch für die (politikwissenschaftliche) Untersuchung der aktuellen Administration wie auch der Politik über die nächste Wahl hinaus relevant sein dürften. Natürlich arbeitet er sich – als Demokrat – vor allem an der Republikanischen Partei ab, aber wann immer er Tendenzen der allgemeinen parteipolitischen Polarisierung (in Gesellschaft, Wählerschaft, Kongress und in den Medien) sowie deren Konsequenzen analysiert, ist dieses Buch höchst aufschlussreich. Da *Pfeiffer* dies anhand zahlreicher Fallbeispiele macht, ist der Band leicht lesbar und äußerst anschaulich geschrieben. Was er nicht erklären kann, ist die Frage, warum es *Obama* und seiner Administration nicht gelungen ist, das Engagement und den Einsatz tausender, vor allem junger Anhänger nach dem Wahlsieg von 2008 stärker in das Regierungshandeln einzubinden. Im Wahlkampf 2012 griff man auf diese oft freiwilligen Helferinnen und Helfer wieder zurück, aber vermutlich hätten sie auch nach den beiden Wahlen als eine Quelle durchgehender Unterstützung für die *Obama*-Administration fungieren können.

5 Vgl. als ein Beispiel unter vielen *Katy Tur*, *Unbelievable: My Front-Row Seat to the Craziest Campaign in American History*, New York 2017.

6 Andere Bücher, die die *Obama*-Präsidentschaft – aus der Insider-Perspektive – systematisch untersuchen, sind etwa *Ben Rhodes*, *The World as it is. A Memoir of the Obama White House*, New York 2018 und *Morton Keller*, *Obama's Time. A History*, Oxford 2015.

7 Vgl. *Peter Baker*, *Education of a President*, in: *The New York Times* online vom 17. Oktober 2010, <https://www.nytimes.com/2010/10/17/magazine/17obama-t.html> (Abruf am 6. August 2018).

In der Zusammenschau ergeben diese drei Bücher ein breites und detailliertes Bild der Wahlen von 2016. Da sowohl die Zugangsweise als auch der Fokus der einzelnen Werke unterschiedlich gelagert sind, empfiehlt es sich, parallel auf sie zurückzugreifen, wenn man erfahren möchte, was in der Wahl von 2016, die bis unmittelbar vor der Entscheidung nahezu allen Beobachtern zufolge an *Hillary Clinton* hätte gehen müssen, eigentlich passiert ist. Zugleich weisen die Bände, insbesondere das Werk von *Pfeiffer*, über 2016 hinaus, da sie aktuelle Trends und Entwicklungen thematisieren, die für die aktuelle amerikanische Politik wie auch für die Zwischenwahlen im November 2018 und die nächsten Präsidentschafts- und Kongresswahlen von entscheidender Bedeutung sein dürften – ganz unabhängig davon, wer dann gegen den amtierenden Präsidenten *Trump* antreten wird. Er selbst hat bereits angekündigt, sich um eine weitere Amtszeit bewerben zu wollen.⁸

Michael Kolkmann

8 Viele der in den erwähnten Büchern angesprochenen Aspekte werden zum Beispiel systematisch im folgenden Buch weiterverfolgt: *Steven Levitsky / Daniel Ziblatt, How Democracies Die*, New York 2018. Dazu siehe auch die Rezension von *Patrick Horst* in diesem Heft der ZParl.

Der Siegeszug der Populisten: Einblicke in die Gemütslage ihrer Wähler und historische Hintergründe

Hochschild, Arlie Russell: Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York 2017, 429 Seiten, € 29,95 (Originalausgabe: *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*, The New Press, New York / London 2016).

Judis, John B.: The Populist Explosion: How the Great Recession Transformed American and European Politics, Columbia Global Reports, New York 2016, 184 Seiten, € 9,99.

Der Aufstand der „left-behinds“ beiderseits des Atlantiks ist in aller Munde. Ob es sich um die weiße Arbeiterklasse im Mittleren Westen der Vereinigten Staaten handelt, die *Donald Trump* den Wahlsieg bescherte, die *Marine Le Pen*-Unterstützer im de-industrialisierten Nordosten Frankreichs oder die europaskeptischen „Modernisierungsverlierer“, die für den Brexit stimmten – sie alle finden sich seit dem Aufkommen einer populistischen Welle im Fokus von Wissenschaft und Medien. Die Werke von *Arlie Russell Hochschild* und *John B. Judis* präsentieren Erklärungen für den Anstieg populistischer Wahlerfolge und liefern zudem Einblicke in die Gemütslage einer Wählerschaft, in der sich das Gefühl verfestigt hat, nunmehr „Fremd in ihrem Land“ zu sein.

Hochschilds Werk unter diesem Titel ist laut der Autorin auch von *Thomas Franks* „What’s the Matter with Kansas“ inspiriert. Sozialwissenschaftler und Journalisten der amerikanischen Linken fragen sich spätestens seit *Ronald Reagans* Erfolgen innerhalb der weißen Arbeiterklasse, warum diese Gruppe anscheinend gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen stimmt. *Franks* Analyse der alles andere als wohlhabenden Wähler im US-Bundesstaat Kansas ist hierbei nur eines der bekannteren Werke. Auch *Hochschild* verfolgt in

ihrem Buch das Ziel, dieses „Große Paradox“ der amerikanischen Politik – die Ablehnung eines „starken Staats“ von Bürgern, die von diesem profitieren würden – anhand einer fünfjährigen Reise in Regionen, deren besten Tage lange zurückliegen, zu verstehen. Glücklicherweise lässt ihre Analyse die oft unterschwellige Boshaftigkeit vermissen, mit der die amerikanische Linke diese „blue-collar“-Republikaner gemeinhin gerne betrachtet. Im Zeitalter der Echokammern versucht *Hochschild* vielmehr die Motivationen und Sorgen der Republikanischen Kernwählerschaft anhand einer Vielzahl von Gesprächen zu verstehen, ohne deren Standpunkte im folgenden Satz direkt zu verurteilen. Dennoch nutzt sie den Anhang ihres Buches, um die auf den vorherigen Seiten vorgebrachten Fehleinschätzungen ihrer Gesprächspartner (beispielsweise die Behauptung, 40 Prozent aller amerikanischen Arbeitnehmer seien bei Bundesbehörden tätig) mit Beweisen zu entkräften.

Ort ihrer Reise, um die Mentalität der Republikanischen Basis zu erkunden, ist der US-Bundestaat Louisiana, einer der ärmeren Bundesstaaten und wegen der Freiheiten verschiedener Industriezweige in einem desaströsen ökologischen Zustand; trotzdem stimmt die überwältigende Mehrheit der weißen Bevölkerung für Kandidaten, die beispielsweise der amerikanischen Umweltschutzbehörde das finanzielle Fundament entziehen wollen und generell die Ansicht vertreten, staatliche Hilfsprogramme seien unamerikanisch. *Hochschild* versucht immer wieder zu erörtern, wie Menschen, die durchaus die Zerstörung ihrer Umwelt nicht nur erkennen, sondern auch beklagen, diese Vorstöße zur Deregulierung der Umweltpolitik dennoch unterstützen. Beispielhaft ist hier die Geschichte von *Lee Sherman*. Von seinem Arbeitgeber zur illegalen Entsorgung toxischer Abfälle in nahen Gewässern beauftragt und nach einem unverschuldeten Arbeitsunfall entlassen, hat der zum Zeitpunkt der Gespräche mit der Autorin 82-Jährige am eigenen Leib erfahren müssen, welche Folgen laxer Standards im Arbeitsrecht und beim Naturschutz haben. Trotz dieser Ereignisse brachte *Sherman* sich aktiv im Wahlkampf für Tea Party-Kandidaten ein, die striktere Umweltstandards als Gefahr für das wirtschaftliche Potential der Region sahen. Sein Beweggrund? Eine negative Begegnung mit der amerikanischen Bundessteuerbehörde, die *Sherman* seiner Ansicht nach um wohlverdientes Geld brachte und infolgedessen seine Frau und ihn zwang, ein Jahr lang von Almosen zu leben. Dieser Zorn auf eine Institution des Staates expandierte dann in solch einem Maße, dass *Sherman* den Regierungsapparat generell als Feind betrachtete. Die Politik der Tea Party bot ihm somit die Möglichkeit, sich an der Quelle dieses Leids zu rächen. Andere Gesprächspartner äußerten immer wieder eine ähnliche Sichtweise: Der Staat repräsentiere für sie nichts anderes als den stärksten Fürsprecher derjenigen, die eigentlich keinerlei Hilfe verdient hätten. Für viele weiße Südstaatler ist dies insbesondere die schwarze Minderheit.

Unzählige persönliche Interaktionen zeichnen ein detailliertes Bild des elektoralen Fundaments der populistischen amerikanischen Rechten. *Hochschilds* Werk zeigt aber auch auf, dass es sich bei ihren Wählern oft nicht um die ökonomischen Verlierer der Modernisierung handelt, sondern vielmehr um diejenigen Personen, die gesellschaftspolitische Veränderungen mit aller Kraft ablehnen und den Regierungsapparat in Washington, D.C. als treibende Kraft hinter eben diesen Transformationen verstehen. Auch ärmere weiße Segmente der Bevölkerung sehen im föderalen Staat und seiner Verwaltung oft keine helfende Hand, sondern eine Institution, deren wesentliches Ziel es sei, die Interessen der Afroamerikaner und anderer Minderheiten zu verfolgen. Die zunehmende ethnische Vielfalt sowie der Siegeszug der liberal-progressiven Werte in soziokulturellen Fragen ruft bei diesen Wählern Unbehagen, wenn nicht gar Aversionen hervor. Selbst betrachten sich auch die sozial

schwächeren Gesprächspartner von *Hochschild* nicht als Teil der ökonomischen Unterklasse; vielmehr sehen sie sich als Mitglieder einer Gemeinschaft, die Amerikas traditionellen Wert der Eigenständigkeit verkörpert. Einige stammen durchaus aus ärmlichen Verhältnissen, haben sich jedoch eine respektable Existenz aufgebaut. Staatliche Unterstützung für Minderheiten, die solch ein Arbeitsethos sowie diese generellen Werte ihrer Ansicht nach nicht vorweisen, lehnen sie strikt ab. Angst und Wut bereiten diesen weißen Wählern das Gefühl, ihre „uramerikanischen“ Werte würden immer stärker von Eliten und Minderheiten verraten. Die republikanische Verklärung der amerikanischen Vergangenheit und *Trumps* Versprechen, das Land „wieder“ groß zu machen, sprechen solche Ängste an; sie führten dazu, dass diese Gruppe der wertkonservativen weißen unteren Mittelschicht zur Basis von *Trumps* Wahlerfolg wurde.

Der amerikanische Journalist *John B. Judis* liefert in seinem konzisen Buch „The Populist Explosion“ einen generellen Überblick des Aufstiegs populistischer Akteure beiderseits des Atlantiks. Auf nur etwas mehr als 160 Seiten stellt er sich der Herausforderung, diese Transformation verschiedener politischer Systeme zu analysieren und sie zudem geschichtlich einzubetten. *Judis* betrachtet die „Große Rezession“ als entscheidenden Funken für den Aufstieg von Populisten jeglicher Couleur, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa. Darüber hinaus habe diese Rezession langfristige Entwicklungen verschärft. Stagnierende Löhne, ein Anstieg des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderer sowie ausländische Werkbänke nährten insbesondere innerhalb der Arbeiterklasse das Gefühl, die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte – zusammengefasst unter dem Banner der Globalisierung – habe ihnen keinerlei Vorteile gebracht. *Judis'* ausführliches Quellenstudium und eine Vielzahl von Statistiken zeigen, dass diese Klagen durchaus eine Basis in der Realität besitzen. Dass sich somit beträchtliche Teile eben dieser Arbeiterklasse den *Donald Trumps* und *Marine Le Pens* dieser Welt mit ihren Versprechen von wirtschaftlichen und tatsächlichen Schutzwällen zugewandt haben, überrascht den Leser nach Abschluss dieser Lektüre nicht.

Der Kern des komprimierten Buches liefert einen Abriss des Werdegangs populistischer Parteien und Akteure und bietet trotz eines überschaubaren Rahmens durchaus ausführliche Einblicke in die historische Entwicklung des populistischen Phänomens sowohl der linken als auch der rechten Spielart. Herausstechend in Bezug auf die Vereinigten Staaten ist hier die Figur des *George Wallace*, demokratischer Gouverneur des Bundesstaats Alabama von den 1960ern bis in die späten 1980er Jahre. Wie *Judis* anmerkt, war es dieser Kämpfer gegen die Bürgerrechte der schwarzen Minderheit, dessen „middle American radicalism“ Republikanische Kampagnen in den darauffolgenden Jahrzehnten stark beeinflusste und letztlich eine Gruppe weißer amerikanischer Wutbürger nicht nur ansprach, sondern in gewisser Weise schuf. Es sollte eben diese um ihren eigenen sozialen Status innerhalb der Gesellschaft besorgte Gruppe sein, die ein halbes Jahrhundert nach *Wallaces* Kampf für die Rassentrennung und gegen die Bevormundung aus Washington, D.C. als Basis des *Trump'schen* Erfolges fungierte und deren radikalere Elemente in der „Alt-Right“ eine Heimat gefunden haben.

Die von *Judis* ausführlich aufgearbeitete historische Komponente belegt jedoch auch, dass die These eines Populismus, der durch Krisen genährt wird und eine jüngst aufkeimende Enttäuschung des Volkes mit der politischen Klasse widerspiegelt, nur bedingt auf einer wissenschaftlich fundierten Basis steht. Populistische Akteure mögen zwar in den letzten Jahren enorme Erfolge gefeiert haben, doch zeigen die Wahlergebnisse in (West-)Europa

der letzten drei Jahrzehnte, dass wir es nicht mit einer plötzlichen „Populist Explosion“, sondern eher einem kontinuierlichen Anstieg zu tun haben. Gerade wenn *Judis* die Rhetorik und Standpunkte eines *George Wallace* oder auch *Pat Buchanan* veranschaulicht, erkennt der Leser zudem, dass diese Art der anti-elitären Politik sich in den letzten fünf Jahrzehnten in den konservativen Machtkorridoren Amerikas immer weiter ausgebreitet hat. Auch *Donald Trump* ist insofern kein politischer Akteur, der aus dem Nichts kam, sondern vielmehr die logische Folge eines anhaltenden Prozesses innerhalb der Republikanischen Partei, deren Strategen und Politiker seit einem halben Jahrhundert in gewisser Weise den Weg für eine Kandidatur *Trumps* geebnet haben. *Judis'* Werk veranschaulicht somit auf eine gut verständliche Art und Weise, wie tief letztendlich die Wurzeln des populistischen Aufstiegs liegen und dass seine Akteure daher zumindest mittelfristig ein teilweise integraler Teil der politischen Systeme auf beiden Seiten des Atlantiks bleiben werden.

So helfen also beide Werke auf ihre Weise, für die politischen Umwälzungen der neueren Vergangenheit zu verstehen. Das ideologische Fundament populistischer Akteure sowie die Gründe hinter ihren jüngsten Erfolgen werden trotz des begrenzten Rahmens von *Judis* ausführlich erörtert. Wer auf der Suche nach einem Einstieg in diesen Themenbereich ist, wird um „The Populist Explosion“ nicht herumkommen. *Judis'* Fazit, dass populistische Bewegungen eine durchaus wichtige Funktion im politischen System erfüllen, nämlich die eines Frühwarnsystems, das sich immer dann bemerkbar macht, wenn Teile der Politik sich zu weit von den Präferenzen nicht unbeträchtlicher Segmente der Wählerschaft entfernt haben, mag nicht unbedingt auf generelle Zustimmung treffen. Seit jeher befassen sich Populismusforscher mit der elementaren Frage, inwiefern dieser eine Gefahr oder ein Korrektiv der Demokratie darstellt. *Judis'* Werk zeigt aber auf, dass in bestimmten populistischen Appellen immer wieder zumindest auch der Kern einer unliebsamen Wahrheit steckt. *Hochschilds* Analyse und Einblicke in die Gemütslage der amerikanischen Südstaaten bieten ihrerseits auch einen Ausblick auf die mögliche Zukunft der Parteiensysteme Europas. Ihre Gespräche demonstrieren, wie eng in den Vereinigten Staaten sozialpolitische Themen mit den eigenen Standpunkten gegenüber ethnischen Minderheiten verweben sind – Minderheiten, die nach Ansicht von *Hochschilds* Gesprächspartnern meist unverdienterweise den Wohlfahrtsstaat in Anspruch nehmen. Die Wahl *Donald Trumps* und seine Strategie, die unzufriedenen weißen „Wutbürger“ Amerikas direkt anzusprechen, veranschaulichen, welche elektorale Macht dieses Segment ausüben kann. Die Enttäuschung über staatliche Institutionen sowie das Gefühl, diese verfolgten hauptsächlich die Interessen einzelner Minderheitengruppen, lassen sich auch bei den Wählern rechtspopulistischer Parteien in Europa erkennen. Ihre Wählerschaft besteht zudem mehr denn je aus Mitgliedern der Arbeiterklasse, die sich zwar für den Sozialstaat aussprechen, dessen Leistungen jedoch auf die einheimische Bevölkerung begrenzen wollen. Es scheint, als wäre es auch hierzulande an der Zeit, eine vorurteilsfreie Analyse solcher Gruppierungen zu liefern und mit diesen Personen anstatt über sie zu reden. Wer die von *Judis* beschriebene „Populist Explosion“ eindämmen will, wäre auf jeden Fall gut beraten, die Erfahrungen und Lehren *Arlie Russell Hochschilds* ernst zu nehmen.

Philipp Adorf

Nordische Modelle demokratischer Politik? Viele aktuelle Informationen, wenig wissenschaftliche Erkenntnisse

Knutsen, Oddbjørn (Hrsg.): The Nordic Models in Political Science. Challenged, But Still Viable?, Fagbokforlaget, Oslo 2017, 296 Seiten, € 49,49.

Wichtige Vertreter der norwegischen Politikwissenschaft haben unter der Federführung und Herausgeberschaft des Parteiensystemforschers *Oddbjørn Knutsen* eine aktuelle Einführung in Politik und Demokratie der nordischen Länder vorgelegt. Explizit richtet sich der aktuelle Sammelband an Studierende auf B.A.-Niveau; die dargelegten Übersichten sind aber für alle an nordischer Politik Interessierte von Bedeutung.

Geographisch deckt das Buch die fünf Territorialstaaten Nordeuropas ab (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden); die autonomen Regionen werden nicht systematisch in die Analysen integriert. Nach einer sehr kompakten Einführung durch den Herausgeber folgt eine vergleichende Analyse der politischen Geschichte des Nordens inklusive eines (sehr kurzen) Unterkapitels zur Stellung und Geschichte der Sámi (*Einar Berntzen*). Sodann werden Parteien und Parteiensysteme sowie die Entwicklung der nordischen Konfliktlinien (jeweils *Oddbjørn Knutsen*) und die parlamentarische Repräsentation präsentiert und diskutiert (*Knut Heidar* und *Bjørn Erik Rasch*). Ferner werden die administrativen Strukturen und Dimensionen (*Karl Hagen Bjurstrøm* und *Tom Christensen*), der nordische Korporatismus (*Hilmar Rommetvedt*) sowie lokale und regionale Gebietskörperschaften und Regierungsdynamiken (*Harald Baldersheim*, *Lawrence E. Rose* und *Siv Sandberg*) abgehandelt. Es ist sehr lobenswert, dass das Thema der Geschlechtergleichheit in Politik, aber auch Wirtschaft in den Band integriert ist (*Mari Teigen* und *Hege Skjeie*). Von den klassischen Politikfeldern werden lediglich wohlfahrtsstaatliche (*Axel West Pedersen* und *Stein Kuhnle*) sowie bildungspolitische Policies (*Johan Christensen*, *Åse Gornitzka* und *Cathrine Holst*) erörtert. Es ist ein Rätsel, warum nicht die europa- oder sicherheitspolitische Dimension des Nordens im Sammelband berücksichtigt wurde. Ein Fazit von *Oddbjørn Knutsen* rundet die Publikation ab. Es ist ein bedauerliches Manko, dass der Verlag kein Personen- und Stichwortverzeichnis anbietet.

Leitende Fragestellung des Sammelbandes ist, ob es in den abgehandelten Dimensionen demokratischer Politik tatsächlich nordische Modelle gibt, das heißt ob in diesen analytischen Perspektiven die nordischen Länder mehr gemeinsam haben und sich somit als eine homogene Länderfamilie deutlich von anderen Ländern und Länderfamilien abheben. Um eine solche Fragestellung befriedigend beantworten zu können, hätten alle Kapitel systematisch die nordischen Länder in einen weiten, international-vergleichenden Kontext stellen müssen – was für einige, aber bei weitem nicht für alle Kapitel zutrifft. Dennoch formuliert *Oddbjørn Knutsen* im Fazit, dass es erstens zahlreiche nordische Modelle gebe, die allesamt im Sammelband dokumentiert und analysiert seien. Zweitens wird die These vertreten, dass diese nordischen Modelle durchaus persistent seien; somit wird die Frage im Untertitel des Bandes, ob die nordischen Modelle noch „viable“ seien, positiv beantwortet. Als Ausnahme von diesem pfadabhängigen Muster wird im Fazit die Erosion des nordischen Korporatismus erwähnt, ebenso wie einzelne Bereiche wohlfahrtsstaatlicher Politik – zum Beispiel der Trend zu rasch zunehmender materieller Ungleichheit.

Knutsen nimmt zwar die allgemeine Fragestellung des Bandes am Schluss auf und reflektiert die einzelnen, durchaus ambivalenten Ergebnisse aus den Kapiteln des Buches, aber

die konzeptionelle und inhaltliche Reflexion ist eher dünn. Es wird nicht diskutiert, ob zum Beispiel die europäische Integration mit all ihren Wirkungen und Folgen für die nordischen Demokratien eine Zäsur darstellt. Gerade aus norwegischer Sicht wäre eine solche Diskussion notwendig, da das Land zwar nicht Teil der EU und auch von den währungs- und geldpolitischen Entscheidungen der EZB nicht unmittelbar betroffen ist, als Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum die norwegischen Freiheitsgerade allerdings für weite Teile der klassischen Innenpolitik durchaus eingeschränkt sind. Das Manko dieser Publikation liegt darin, dass eine leitende Fragestellung zwar angekündigt, jedoch dann eher halbherzig in den einzelnen Beiträgen umgesetzt wird. Enttäuschend ist die oberflächliche, nennende anstatt reflektierende Darstellung der theoretisch relevanten Ergebnisse, in deren Zusammenhang auch nicht die wichtige Literatur zur Konvergenz oder Divergenz von demokratischer Politik im Zeitalter der Entgrenzung in Europa abgehandelt wird.

Diese Kritik soll nicht die Vorzüge des Bandes schmälern. So haben vor allem Neulinge der nordischen Demokratieforschung damit sehr gute Einführungen in die jeweiligen Politikbereiche in den Händen. Die Leser werden systematisch über die jeweiligen Aspekte informiert. Im Kapitel zur Geschlechtergleichheit wie im Kapitel zu wohlfahrtsstaatlichen Politiken wird der Norden zudem intensiv in eine weite, international-vergleichende Perspektive eingebettet. Insofern könnte das erste Ziel des Bandes erreicht sein, als Einstiegshilfe für B.A.-Studierende oder Neulinge der nordischen Demokratieforschung zu dienen. Aber auch wenn nur dieses (sehr bescheidene) Ziel betrachtet wird, erscheinen die einzelnen Kapitel sonderbar weit weg von einschlägigen Forschungsbemühungen. Der Herausgeber und die meisten Autoren informieren in deskriptiver Manier mit zum Teil thesenartig geschrumpften Absätzen die Leserschaft. Zu selten gelingt es den Autorinnen und Autoren auf kausale Erklärungen und die theoretischen Dispute in der Wissenschaft zu verweisen. Insofern informiert dieser Sammelband zwar über wichtige Dimensionen nordischer Politik, scheitert allerdings daran, den an der wissenschaftlichen Debatte Interessierten den Einstieg zu ermöglichen in die einschlägige kontroverse Literatur.

Frisvold, Paal J.: Towards Europe. The Story of a Reluctant Norway (Europe des cultures / Europe of cultures, Band 16), Peter Lang, Brüssel u.a. 2018, 231 Seiten, € 35,95.

Die Integration der nordischen Länder in die EU ist eines der klassischen Themen in der vergleichenden Integrationsforschung. Die nordischen Länder haben in vielerlei Hinsicht unterschiedliche Wege zur europäischen Integration beschritten, die in der Literatur intensiv diskutiert werden. Ein besonderes Augenmerk fällt dabei auf Island und Norwegen, die bislang sehr zurückhaltend bei ihren Integrationsritten waren.

Paal J. Frisvold legt mit seinem neuen Buch eine Übersicht über die norwegische Integrationspolitik von den frühen Anfängen bis in die Gegenwart vor. Tatsächlich spannt er den Bogen von den frühen Anfängen souveräner Außenpolitik nach der Auflösung der Union mit Schweden (1905) bis in die Gegenwart und zeigt mit dieser weiten historischen Perspektive, dass die außenpolitische Maxime der Bündnisfreiheit und Unabhängigkeit tief in der Politischen Kultur des Landes verankert ist. In chronologischer Manier arbeitet *Frisvold* Meilensteine der norwegischen Außen- und Integrationspolitik ab. Während der erste Teil des Bandes die historischen Grundlagen der Außenpolitik darstellt, ist der zweite Teil der Integrationsfrage in Norwegen gewidmet und zeichnet den Weg des Landes in den Europä-

ischen Wirtschaftsraum nach. Der dritte Teil trägt den Titel „Norway in the Europe of the Future“ und analysiert unterschiedliche Politikfelder, die gegenwärtig die politischen Debatten in der europäischen Politik prägen (Klimaschutzpolitik, Bankenunion, Migrationspolitik etc.). Im Anhang präsentiert der Autor einen kurzen und durchaus ernsthaft gemeinten Ratgeber für eine erfolgreiche Lobbyarbeit in den Zahnrädern Brüsseler EU-Politik.

Mit diesem breiten Fokus könnte *Frisvolds* Buch zum Standardwerk norwegischer Europapolitik werden, wären da nicht gravierende Mängel: So werden zwar viele Aspekte der norwegischen Integrationspolitik dokumentiert und durchaus umsichtig besprochen. Allerdings erfolgt dies stets aus der persönlichen Perspektive des Autors. Er verhehlt an keiner Stelle, dass er die zurückhaltende Europapolitik seines Heimatlandes lieber heute als morgen integrationsfreundlicher umgestalten möchte. Insofern sind viele Teile des Buches eher als persönliche Stellungnahmen zu lesen denn als wissenschaftliche Erklärungen norwegischer Integrationspolitik. Dieser persönliche Ton wird auch verursacht durch die fast schon fahrlässige Ignoranz gegenüber einschlägigen Literaturbeiträgen. *Frisvold* referiert historische Quellen und Beiträge aus Tageszeitungen oder Statements betroffener Akteure. Aber er ignoriert fast vollständig die einschlägige Integrationsforschung – ein Manko, das bei einem in einem Wissenschaftsverlag erschienenen Band höchst befremdlich ist.

Diese persönliche Perspektive wird auch durch den Präsentationsstil verstärkt. So erfährt der Leser, dass sich die norwegische Delegation einschließlich des Autors nach Verhandlungen in Brüssel „dried the sweat from our foreheads“ (S. 138) – ein situatives Detail, das für eine wissenschaftliche Analyse der norwegischen Integrationspolitik schlechterdings vollkommen überflüssig und belanglos ist.

Paal J. Frisvold legt also eine umfassende Chronik der norwegischen Integrationspolitik vor, die einen weiten historischen Rahmen spannt. Allerdings ist das vorliegende Buch kaum als wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema einzuordnen. Es ist vielmehr ein persönliches Statement des Autors mit klar erkennbarem politischen Ziel. Damit wird vor allem die norwegische Öffentlichkeit angesprochen; für die internationale Wissenschaftsgemeinde ist das Buch von eher geringer Relevanz.

Sven Jochem